

Haushaltsbeitrag 2008 im Stadtrat

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

„magdeburg überrascht“, dieser Slogan auf der ersten Seite des Haushaltsentwurfes fiel mir sofort ins Auge, als ich den dicken Ordner mit den unendlichen Zahlenkolonnen und den Erläuterungen zum Stadthaushalt 2009 aufschlug. Seither frage ich mich, wen wir mit dem Werk überraschen, das in den vergangenen Monaten von der Verwaltung erarbeitet und in den Ausschüssen des Stadtrates beraten worden ist.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE wird der Stadtrat einen Haushalt beschließen, dem die Kontinuität den Stempel aufdrückt. Das nun bald zehn Jahre andauernde Ringen um Haushaltskonsolidierung setzt sich fort. Das Defizit 2009 ähnelt im Ausmaß dem von 2008 und wir können uns sogar über einen strukturellen Überschuss freuen. Vielleicht besteht der positive Überraschungseffekt gerade darin, dass die Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt Magdeburg trotz Finanzdrucks und zugleich wachsender Belastungen gesichert bleibt. Jedenfalls verbinden wir diese Erwartung mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf.

Mich selbst berührt die heutige Situation auf besondere Weise, weil ich zum Monatsende mein Stadtratsmandat niederlegen werde. Rückblickend auf die mehr als 18 Jahre, die ich in der Vertretung von Magdeburgs Einwohnerschaft mitarbeiten durfte, komme ich zu der Feststellung, dass die Haushaltsberatungen auf besondere Weise die Entwicklung des Stadtrates widerspiegeln. In den ersten Jahren sprudelten die Finanzquellen noch munter. Aber vieles war noch gar nicht geregelt. Zum Beispiel die Bezahlung des Oberbürgermeisters, dessen Gehalt ein Unternehmer aus den alten Bundesländern laut einer Zeitungsmeldung durch monatliche Zuwendungen aufbessern wollte.

Nach der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung im Mai 1990 beantragte die damalige PDS-Fraktion im September, für die verbleibenden Monate bis zum Jahresende einen Haushalt aufzustellen. Wir wollten einen Überblick über die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und über die Ausgaben als Entscheidungsgrundlage. Damals fiel dieser Antrag glatt durch. An die Argumente, mit denen die Ablehnung begründet wurde, erinnert sich heute wohl niemand mehr. Eines aber bleibt, wir hatten im Jahr 1990 den ersten Haushaltsantrag in der Stadtverordnetenversammlung gestellt.

Bis 1993 hat die PDS alle Haushalte abgelehnt. Wir verstanden uns als Opposition zur so genannten großen Koalition, die beginnend mit dem Austritt der FDP ab 1993 zerfiel. 1994 begann sich allmählich das Prinzip der wechselnden Mehrheiten im Stadtrat durchzusetzen,

begünstigt durch die neue Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt. Seit dieser Zeit gab es unsererseits kein „Ablehnen aus Prinzip“ mehr. Große Projekte wie die die Entwicklungsmaßnahme Rothensee, die Bundesgartenschau 1999, das neue Messekonzept, die Bördelandhalle u.a.m., der acht Jahre andauernde Streit um die Wirtschaftsförderung führten schließlich zu Mehrheiten, die in der Zeit der Personalkommissionen undenkbar gewesen waren.

Schließlich die Jahre der Haushaltskonsolidierung seit 2002: In dieser Zeit ging es uns vor allem

- um das städtische Eigentum, das überall in unserem Land gefährdet ist, wenn Politiker bzw. Kommunalpolitiker im Veräußern von Betrieben und Liegenschaften den Ausweg aus den aktuellen Finanzierungsnöten sehen;
- um Alternativen zum Outsourcing bei Aufgaben und Personal aus reinen Einspargründen, wie etwa das Reinigungspersonal der Schulen;
- um die Sicherung der Mittel für die Kultur und Bildung in Magdeburg, d.h. für hauptsächlich die Theater, die Stadtbibliothek, das Konservatorium, die Vereine und Projekte im Bereich der Kultur;
- um die Schulsanierung und die Sanierung der Kindertagesstätten;
- um das Erschließen von zum Teil umstrittenen Konsolidierungspotenzialen, wie die Kosten für das Betreiben des Flugplatzes Magdeburg-Süd, die Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit oder auch Erträge aus der Wirtschaftsförderung.

In dieser Zeit ist Bewegung in den Stadtrat gekommen. Das Konfliktpotenzial bei den Entscheidungen hat sich verlagert, die Anträge aus den Fraktionen haben sich verändert. Heute geht es weniger um große Summen als um die Schwerpunkte und Prioritäten. Die Fraktion DIE LINKE ist einige Mal über ihren Schatten gesprungen, etwa bei den Entscheidungen über Public-Privat-Partnership-Modelle Schulgebäude zu sanieren. Das ist für uns kein Königsweg, sondern ein Kompromiss, den wir in dieser Zeit im Interesse der Kinder Magdeburgs eingegangen sind. Ähnlich ist das beim neuen Stadion gewesen. Wir haben dem Konzessionsmodell in dem Vertrauen zugestimmt, dass die Stadt einen fähigen Geschäftspartner gefunden hat, der in der Lage ist, seine Finanzierungszusagen auch einzuhalten. Dazu gehört jetzt, trotz des leider zurzeit viertklassigen Fußballs, eine wirtschaftlich vertretbare und für den Stadtrat nachvollziehbare Betreuung des Stadions zu gewährleisten. Die 15-Millionen-Bürgschaft der Landeshauptstadt verstehen wir nicht als Reservefonds eines unfähigen Stadionbetreibers, sondern als letzte Konsequenz im Falle **unvorhergesehener und unausweichlicher** Finanzierungsprobleme.

Mit etwa diesen Positionen sind wir in die Beratung des Haushaltes 2009 gegangen. Heute, am Tag der Entscheidung über den Haushalt, wissen wir, dass vieles, von dem, was dringend erledigt werden müsste, im kommenden Jahr nicht erfüllbar ist. Ich verweise zum Beispiel auf die ungedeckte Liste bei den Investitionen 2009 bis 2012. Angesichts vorliegender Anträge zur Änderung oder Ergänzung des Haushaltsentwurfes 2009 fällt im Vergleich zu vergangenen Jahren deren geringe Zahl auf und die eher marginale Auswirkung auf die Haushaltsaufstellung.

Auf den ersten Blick gibt es nichts grundsätzlich Neues - weder aus den Fraktionen, noch aus der Verwaltung: Das Defizit von ca. 92 Millionen Euro engt wie zuvor die Handlungsspielräume des Stadtrates ein. Die beachtlichen Einsparanstrengungen werden durch gegenläufige Tendenzen relativiert.

Positiv ist, dass die Belastungen der Einwohner durch Grundsteuern und der Unternehmen durch Gewerbesteuern auch 2009 nicht steigen. Das entspricht der Beschlusslage des Stadtrates aus dem Zeitraum 2007/2008.

Im Stadthaushalt 2009 gibt es bei näherer Betrachtung kleine Hoffnungsschimmer: Die Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen steigen um über 21 Millionen Euro. Allerdings gibt es keine Sicherheit, dass dies eine Tendenz ist, die sich verfestigt. Wir denken zum Beispiel, dass die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise keinen Bogen um Magdeburg machen werden.

Das Land hat im Finanzausgleich die kreisfreien Städte um einen Prozentpunkt besser gestellt. Davon profitiert Magdeburg 2009 mit einer Mehreinnahme von 4,7 Millionen Euro. - Wie gesagt: ein Hoffnungsschimmer.

Neben den Mehreinnahmen kommt es zu unabweisbaren Mehrausgaben:

- Die Personalkosten steigen durch die Tarifabschlüsse.
- Es sind Mehrkosten bei der Unterhaltung städtischer Grundstücke zu verzeichnen.
- Erheblich steigende Sozialleistungen stehen ins Haus, etwa beim Wohngeld und bei Hilfen zum Lebensunterhalt für Arbeitslosengeld II-Bedarfsgemeinschaften.

Die Mehreinnahmen werden so erheblich reduziert und können sich nicht auf eine beschleunigte Haushaltskonsolidierung auswirken.

Neu und bemerkenswert ist, dass eines der wichtigsten Einsparpotenziale der Fraktion DIE LINKE ab 2009 haushaltswirksam werden wird: Durch die Privatisierung der Betreuung des Flugplatzes Magdeburg-Süd entfallen künftig Betriebskostenzuschüsse von etwa einer halben Million Euro. Erste Vorschläge haben die LINKEN, damals noch PDS, bereits im Jahr 2003 unterbreitet. Bis Ende 2007 gab es im Stadtrat dafür keine Mehrheit. Nach der erfolgten Privatisierung kommt es darauf an, die Einsparung in den Haushalt auch aufzunehmen.

Bis 2015 und darüber hinaus laufen die Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung weiter. In dieser Zeit neue Aufgaben in den Haushalt aufzunehmen, ist sehr schwer. Als eine Hauptaufgabe stellt sich deshalb, den Einsatz der Mittel der Stadt effizient zu organisieren, Risiken rechtzeitig zu erkennen, sie zu begrenzen oder gar auszuschließen.

Um den effizienten Einsatz der Mittel geht es auch bei unserem Antrag zur Erarbeitung einer Kulturförderrichtlinie bis März 2009. Er berücksichtigt, was uns in diesem Jahr Vertreter von Vereinen erklärt haben, die auf dem Gebiet von Kunst und Kultur tätig sind; etwa in der Musik, der Literatur oder bei der Bewahrung der Zeugnisse von Magdeburgs Geschichte. Sie beklagen zurecht, dass in den vergangenen Jahren von gleich bleibenden Zuwendungen der Stadt durch die Mehrausgaben für Mehrwertsteuer und andere Preissteigerungen zunehmend weniger für den eigentlichen Förderzweck übrig geblieben ist.

Dieses Problem gibt es auch auf anderen Gebieten. Zum Beispiel bei den Hilfen zum Lebensunterhalt: Die Landeshauptstadt Magdeburg plant 72 Millionen Euro für Leistungen gemäß SGB II auszugeben. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften solle nicht kostenerhöhend

ansteigen gelassen werden, wird in der Drucksache 450/08 ausgeführt. Man hätte auch schreiben können: *„Wir müssen dafür sorgen, dass die Arbeitslosigkeit spürbar gesenkt wird und die Leute dann auch noch soviel Geld verdienen, dass sie ihre Miete selbst bezahlen können.“*

Aber es ist mit dieser Formulierung sicher noch mehr gemeint, wie Regelungen hinsichtlich des Umzugs und Wegzugs, die Prüfung der Angaben der Bedürftigen u.a.m.

Natürlich, die Vermittlung in Arbeit und Ausbildung ist das A und O. Dafür sind allerdings übergreifende und umfangreiche Maßnahmen notwendig. Wenn in jedem Jahr Jugendliche aus der Schule kommen, die alle nach SGB II einen Rechtsanspruch auf Vermittlung in Ausbildung, Beschäftigung oder auf eine Arbeitsstelle haben, aber nicht richtig lesen, schreiben und rechnen können, dann sind wir zum Kampf gegen Windmühlenflügel verurteilt. Berufliche Ausbildung setzt eben ein Mindestmaß an Schulbildung voraus.

Was Bildung und Kultur betrifft, so müssen wir als Stadt in den Nachteilsausgleich für jene Kinder investieren, die aus armen Familien kommen. Das betrifft bislang mehr als ein Drittel der Kinder Magdeburgs. Hier geht es um niedrigschwellige Zugänge zu Bildung, Kultur und Sport. Aus meiner Sicht ist das eines der Hauptergebnisse der Fachtagung zum Thema „Handlungsstrategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut in Magdeburg“ am 29. und 30. Oktober im Rathaus.

Da ist vieles zusätzlich und kann von der Stadt nicht alleine umgesetzt werden. Sie darf aber trotz finanzieller Engpässe in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, ebenso wenig die im sozialen Bereich tätigen Träger und andere Kräfte. Deren Auflistung in der Haushaltsunterlage und ihre Leistungen, die sich mit Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen, offenen Treffs und Begegnungsstätten, vielseitigen Projekten usw. verbinden, sind beeindruckend. In all meinen Gesprächen, die ich in den vergangenen Monaten mit Vertretern der Träger geführt habe, ging es immer wieder um die Frage, wie die Stadt deren Arbeit noch nachhaltiger unterstützen kann. Der Antrag des Jugendhilfeausschusses hinsichtlich des Beibehaltens der Fördersumme für die Kinder- und Jugendarbeit, fand daher unsere ungeteilte Zustimmung.

Ich möchte den Stadtrat und die Stadtverwaltung an dieser Stelle um Unterstützung für ein Projekt bitten, das bisher den Arbeitstitel „Bürgerstiftung Soziales Magdeburg“ hat.

In den kommenden Jahren wird der Stadthaushalt weiterhin dem Konsolidierungszwang unterworfen sein. Die erwähnten niedrigschwelligen Zugänge für Kinder verursachen neue Kosten; ebenso Mittagessen, Kinder- und Schulbücher und vieles mehr. Deshalb habe ich eine Umfrage bei 100 Magdeburger Persönlichkeiten gemacht, ob sie persönlich eine „Bürgerstiftung Soziales Magdeburg“ unterstützen. Weit über die Hälfte der Angeschriebenen hat geantwortet; mit absolutem Nein lediglich zwei. Die Stimmung für eine solche Stiftung ist sehr gut. Eine oft gemachte Ansage ist allerdings: „Ich mache da gerne mit, aber nicht als Lückenbüßer, wenn die Stadt sich aus ihrer Verantwortung zurückzieht.“

Wir haben die Chance, dass wie in anderen deutschen Städten auch, in Magdeburg neben der Stadt und den Sozialverbänden bzw. -vereinen ein dritter Pfeiler entsteht, auf dem die soziale Arbeit sich entfaltet: Eine aktiv tätige private Stiftung, die sich im Verbund mit Trägern und Vereinen um klar definierte Aufgaben im Bereich Kinder und Jugendliche kümmert und die

Leistungen der bisherigen Akteure ergänzt. Jedes einzelne Mitglied des Stadtrates kann sich beteiligen, persönlich und dadurch, dass es auch in Zukunft keine Abstriche in der Kinder-, Jugend-, und Familienarbeit zulässt. Hier geht es um ein Projekt, dass Bürgerinnen und Bürger Magdeburgs privat aus der Taufe heben wollen. Wenn sie das demnächst tun, dann haben sie auch die Unterstützung der „Stadtmütter und -väter“ verdient.

Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,

ein großer Haushaltsposten sind die Zuschüsse an die städtischen Unternehmen. Zu den Magdeburger Verkehrsbetrieben gibt es hinsichtlich deren Konsolidierungsbeitrages und der Aufgabe, sich zu einem durchschnittlich gut geführten Unternehmen zu restrukturieren, im Stadtrat endlich Konsens. Die Fraktion DIE LINKE hat hauptsächlich wegen der neuen Rechtssituation ihre Verteidigungspositionen überdacht. Mindestens zwei Dinge sind an dieser Stelle noch anzumerken:

1. Der Stadtrat muss sich damit befassen, welche Qualität der Verkehrsleistungen er von seinem Verkehrsunternehmen bei der Fortschreibung des Betrauungsvertrages erwartet. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um einen einer Landeshauptstadt angemessen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr und die dazugehörige Infrastruktur.
2. Die MVB GmbH benötigt in den kommenden Jahren Zeit, um ihre hochgesteckten Ziele auch umzusetzen. Wir meinen, die Kapitalentnahme darf nicht zur Dauerethode der Haushaltssanierung werden.

Schließlich noch eine Anmerkung: Auf Seite 10 der Drucksache 0450/08 ist immer noch von Zuschüssen an die MVB die Rede. Mit dem abgeschlossenen Betrauungsvertrag gibt es keine Zuschüsse mehr. Die Landeshauptstadt Magdeburg leistet **Ausgleichszahlungen**, was natürlich dann auch zur Folge hat, dass das betraute Unternehmen einen Anspruch auf einen Gewinnzuschlag in Höhe von drei Prozent erarbeiten können muss. Reichlich Konjunktiv, aber es geht um Wirtschaftlichkeit.

Wohin ein Unternehmen kommt, das sich gut entwickelt, zeigt die Magdeburger Hafen GmbH. Die Übernahme der Landesanteile an diesem Unternehmen durch die Landeshauptstadt Magdeburg, die Entwicklung einer neuen, tragfähigen Geschäftsstrategie und die Investitionen in den Hansehafen-Ausbau zahlen sich aus. Der Zuschussbedarf sinkt merklich und mittelfristig ist aus heutiger Sicht kein Zuschuss mehr notwendig. Das bedeutet, ein sich wirtschaftlich entwickelndes Unternehmen ist in jedem Fall im Interesse der Stadt.

Nun hat jede Unternehmen natürlich seinen spezifischen Gegenstand. Die AQB und die GISE sind Beschäftigungsgesellschaften, die auch in den kommenden Jahren notwendige Instrumente Magdeburger Arbeitsmarktpolitik sein werden. Sie sind erfahrene Projektträger, die jede einzelne ein spezifisches Aufgabengebiet abdeckt. Die eine Gesellschaft gemeinnützig, die andere gewerblich. Beiden sind die Zuschüsse gesenkt worden, was sich nicht förderlich auf ihre Feststellen auswirkt. AQB und GISE dürfen nach unserer Auffassung im Interesse der Beschäftigung von über 2000 Langzeitarbeitslosen und der zahlreichen für die Stadt nützlichen

Projekte in ihrer Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigt werden.

Bezüglich der ungedeckten Liste der Investitionen ab 2009 regen wir an, dass sich der Stadtrat im kommenden Jahr damit befasst, welche der nicht finanzierbaren Aufgaben in Absprache mit den Kammern und der Arbeitsagentur durch arbeitsförderliche Maßnahmen erledigt werden können. Dazu bedarf es eines mehrmonatigen Vorlaufes für die Projekte ab 2010.

Von der Kommunale Informationsdienste GmbH (KID) erwarten wir im Jahr 2009 das weitere Vorankommen bei der Erarbeitung neuer Marktanteile. Je mehr potente Mitgesellschafter aus dem kommunalen Bereich und Kunden unser Unternehmen hat, um so günstiger können seine Leistungen auch für die Landeshauptstadt Magdeburg werden. Das trifft auch besonders für die Vorbereitung des Einstieges mit den Kommunalhaushalten in die doppelte Buchführung zu. Eine strategische Aufgabe, bei der die Stadtverwaltung durch Schaffung von Vorlauf der KID Hilfestellung geben kann. Wenn rund um Magdeburg publik wird, dass **wir** die KID-Doppik-Lösung haben, dann erhöhen sich die Marktchancen unseres Unternehmens, das in den kommenden Tagen zehnjähriges Betriebsjubiläum begeht.

Sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,

Sie sehen mir es sicher nach, dass ich einige Erfahrungen und Sichten auf weit zurückliegende Jahre in meinen letzten Beitrag zu einer Haushaltsberatung des Stadtrates eingefügt habe. Wenn die PDS im Jahr 1991 den Haushalt geschlossen abgelehnt hat, so sieht die LINKE heute für einen solchen Schritt keinen Grund. Dazwischen liegen eben 17 ereignisreiche Jahre.

Wir bedanken uns ausdrücklich für die umfangreichen Materialien, die aus allen Dezernaten und den städtischen Unternehmen für die Beratungen in den Ausschüssen und im Stadtrat vorbereitet wurden. Sie haben uns damit in die Lage versetzt, unsere heutigen Entscheidungen zu erarbeiten. Der Haushalt kommt unseren Prioritäten nahe, deshalb stimmen wir ihm in allen Bestandteilen zu. Wir wünschen dem Stadtrat, dem Oberbürgermeister und der ganzen Stadtverwaltung ein ergebnisreiches Haushaltsjahr 2009.